



# PAZIFIK

**Rundbrief** Juni 2022  
Nummer 128 - 2/2022

FORUM ▶ ANALYSEN ▶ BERICHTE ▶ MEINUNGEN ▶ INFORMATION



## Weltweite Solidarität

Zwei Beamt\*innen in Yap kontrollieren den Inhalt des Containers aus Deutschland.

Foto: PMA Deutschland.

In den vergangenen Monaten liefen in Deutschland viele Spenden- und Transportaktionen, um Menschen im und aus dem Kriegsgebiet in der Ukraine zu unterstützen. Die Solidarität vieler Menschen ist dabei teilweise grenzenlos.

Ein bisschen weiter ging der Transport mit Hilfsgütern und Technik in den letzten Monaten, nämlich bis auf die mikronesische Insel Yap: Die Pacific Mission Aviation (PMA) Deutschland hat zwei große Container gepackt und diese nach Yap verschickt. Dabei wurden auch 20 Wasserfilteranlagen eingepackt und einige Solaranlagen. Für die Menschen auf den so abgelegenen Inseln erleichtert dies den Alltag enorm. Solidarische Spenden sind weltweit von Bedeutung und für viele Menschen lebensnotwendig.

## Schweizer Seniorinnen verfechten eine Klimaklage gegen die Regierung

Von Pia Hollenstein

Wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel lassen auf sich warten. In mehr als 1500 Fällen weltweit werden deshalb aktuell Staaten oder Unternehmen vor Gericht gebracht. Auch in der Schweiz wehren sich Seniorinnen gerichtlich gegen das lasche Vorgehen der Regierung. Ende April gab der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bekannt, dass die Beschwerde grundlegende Fragen aufwirft: Das Verfahren wird von der Großen Kammer und vermutlich öffentlich verhandelt.

Die Schweiz ist keine Insel – auch nicht, was das viel zu langsame Handeln gegen den Klimawandel angeht. Bundesrat und Parlament haben deutlich zu tiefe Ziele gegen den Klimawandel gesetzt und verzögern die Umsetzung sogar dieser schwachen Vorgaben. Wir reichten deshalb 2016 als „Klimasenioreninnen“ beim Bund eine „Klimaklage“ ein, wobei wir von Greenpeace Schweiz fachlich und finanziell unterstützt wurden. Mit der Klimaklage wollen wir unsere Behörden zwingen, mit dem Klimaschutz endlich vorwärts zu machen. Unsere juristische Argumentation: Mit dem ungenügenden Handeln verletzt der Bund sowohl die Bundesverfassung als auch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK).

So wie die Schweiz zurzeit in puncto Klimaschutz unterwegs ist, wird unser Land weder die eigenen Versprechen noch das Übereinkommen von Paris erfüllen können.

### Frauen sind besonders betroffen

Die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg basiert darauf, dass unsere Gesundheit durch die



Protect our planet! Fordern die Klimasenioreninnen. Foto: Joel Hunn.

von der Klimakrise ausgelösten Hitzewellen bedroht ist. „Unsere Regierung hat nicht ausreichend Maßnahmen getroffen, die im Angesicht der Dringlichkeit der Klimaveränderung nötig wären. Dadurch bringt sie die Gesundheit der Bevölkerung in Gefahr, im Speziellen die Gesundheit von uns älteren Frauen“, so lautet die Kernbotschaft der Klage.

Dass sich unser Verein auf Frauen beschränkt, hat damit zu tun, dass Seniorinnen vom Klimawandel überdurchschnittlich betroffen sind: Wegen den häufigeren und intensiveren Hitzewellen steigen für ältere Frauen die Risiken überproportional, vorzeitig krank zu werden oder zu sterben.

In unserer Argumentation stützen wir uns auf Aussagen des schweizerischen Bundesamts für Gesundheit und u.a. auf eine Studie des Schweizerischen Tropen- und Public-Health-Instituts: „In den drei heißen Sommern 2015, 2018 und 2019 sind allein in der Schweiz mehr als 1500 zusätzliche Todesfälle aufgetreten. Davon betroffen waren rund 900 ältere Frauen.“ Weil ältere Frauen durch die häufiger und intensiver werdenden Hitzewellen am stärksten betroffen

sind, haben wir die Mitgliedschaft im Verein auf ältere Frauen beschränkt. Alle Vereinsmitglieder sind Klägerinnen. Zusätzlich sind vier Frauen Einzel-Klägerinnen. Laut Umwelt-Jurist\*innen steigen so die Erfolgchancen vor Gericht.

### Folgen schon jetzt spürbar

Eigentlich ist seit Jahrzehnten bekannt, dass wir auf eine Klimakrise zusteuern. Die politischen Gremien haben die Ernsthaftigkeit dieser Entwicklung jahrelang verdrängt. Der Klimawandel ist die größte Herausforderung, der sich die Menschheit derzeit stellen muss. Seit Beginn der Industrialisierung ist die Temperatur auf der Erde durchschnittlich um ein Grad Celsius gestiegen, in der Schweiz gar um zwei Grad. Und unser Land erwärmt sich weiter: Die Schweiz wird trockener und heißer, der Schnee wird rar, es kommt zu mehr Starkniederschlägen. Als Folge nimmt die Stabilität der Hänge ab, wodurch Siedlungen, Gebäude, Verkehrswege und Infrastrukturen bedroht sind. Regnet es im Sommer weniger, wird das Wasserangebot in den Siedlungen und in der Landwirtschaft knapp.

### Zahlreiche Rechte sind verletzt

Die Erderhitzung bedroht zudem die Gesundheit von uns Menschen: Ohne zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen droht der Schweiz eine Verdoppelung bis Verfünffachung gesundheitsrelevanter Hitzeereignisse bis zum Ende des Jahrhunderts. Dabei gibt die schweizerische Bundesverfassung den Rechtsrahmen vor. Doch wir sehen verschiedene Artikel verletzt: das Recht auf Leben, das Nachhaltigkeitsprinzip und das Vorsorgeprinzip im Umweltschutz. In der Europäischen Menschenrechtskonvention gibt es ein Recht auf gesunde Umwelt, auf Leben und auf Freiheit des Privat- und Familienlebens. Auch diese Rechte werden nicht gewährleistet.

Die Schweiz ist keine Insel – erst recht nicht, wenn es um den Klimaschutz geht. Die Klimakrise hat Auswirkungen auf den ganzen Planeten und uns alle. Gerade reiche Staaten wie die Schweiz mit ihrem enormen Energieverschleiß haben eine große Mitverantwortung. Vor allem die Länder des Südens haben die Folgen der Klimakrise zu tragen, obwohl sie nicht Hauptverursachende sind. Zur „Klimagerechtigkeit“ gehört übrigens auch, dass der Finanzplatz Schweiz endlich aufhören muss, fossile Energien zu finanzieren und zu versichern.

### Gefahr für kleine Inseln

Auf den pazifischen Inseln sind die verheerenden Folgen der Erderwärmung schon längst zu spüren. Trotzdem weigert sich der Nachbar Australien als weltweit zweitgrößter Kohleexporteur, seine Klimaziele zu verschärfen. Der Anstieg des Meeresspiegels und die bald jährlich drohenden Sturmfluten drohten zum „Verlust von Millionen von Menschenleben, Häusern und Lebensgrundlagen im Pazifik und weltweit“ zu führen, warnte Henry Puna, Generalsekretär des Pacific Islands Forums.

An der Parallel-Konferenz zur internationalen Klimakonferenz (COP 23) in Bonn 2017 begegnete ich einer Klimaaktivistin aus Fi-



Klimaseniorinnen on Tour.  
Foto: Kathrin Griebemann.

dschi. Sie wies darauf hin, dass steigende Temperaturen, gepaart mit schwindenden Süßwasserquellen und anhaltenden Dürren, schon jetzt die landwirtschaftliche Produktion reduzieren. Die Sorge um das Verschwinden von Inseln ist ungelöst. Bis 2030 ist für Papua-Neuguinea ein Temperaturanstieg um bis zu 1,1 Grad prognostiziert. Doch nach der Konferenz wurden die meisten der



dringenden Warnungen der Inselstaaten wieder schubladisiert.

### „Für Hoffnungslosigkeit ist kein Platz“

Derzeit gibt es weltweit über 1.500 Klimaklagen, davon etwas mehr als 1.000 in den Vereinigten Staaten als Reaktion auf die dortige Klimapolitik. Immer geht es uns als Beschwerdeführer\*innen darum, die Klimagase zu reduzieren. Wann genau das Urteil des EGMR zu erwarten ist, ist unklar. Ich bin optimistisch, dass wir große Chancen haben, mindestens teilweise Recht zu bekommen. Die Holländer\*innen sind uns mit der Stiftung Urgenda vorausgegangen. Am 20. Dezember 2019 gewann Urgenda die Klage letztinstanzlich vor dem Hohen Rat der Niederlande. In der Folge mussten Regierung und Parlament wegen der Klage ambitioniertere Ziele setzen und wirkungsvolle Maßnahmen umsetzen. Unser Ziel ist es, ebenfalls zu gewinnen. Ich halte mich an die deutsche Theologin Dorothee Sölle: „Wir können uns den Luxus der Hoffnungslosigkeit nicht leisten.“

Zur Autorin: **Pia Hollenstein**, Lehrerin für Krankenpflege, arbeitete von 1976 bis 1979 als Leiterin eines Health-Centre in Papua-Neuguinea. Zurück in der Schweiz war sie von 1991 bis 2005 für die Grünen im Nationalrat. Sie engagiert sich noch immer für Flüchtlinge und als Vorstandsmitglied der Klimaseniorinnen.



**Weitere Infos:** [www.klimaseniorinnen.ch](http://www.klimaseniorinnen.ch) und [www.urgenda.nl/en/home-e](http://www.urgenda.nl/en/home-e)

### Chronologie des Vereins mit unterdessen gut 2000 Mitgliedern

- ▶ 2015 Klärung der Klagemöglichkeit durch Greenpeace Schweiz
- ▶ 2016 Vereinsgründung der Klimaseniorinnen. Mitglied – und somit Klägerinnen – können Frauen über 64 werden.
- ▶ 2016 Eingabe der Beschwerde ans Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)
- ▶ 2017 Ablehnung von UVEK (formale Gründe)
- ▶ 2018 Ablehnender Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts
- ▶ 2019 Beschwerde am Bundesgericht
- ▶ 2020 Ablehnender Entscheid des Bundesgerichts
- ▶ 2020 Weiterzug der Beschwerde an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Strassburg
- ▶ 2021 Entscheid für prioritäre Behandlung (März)
- ▶ 2021 Eingabe des schweizerischen Bundesamts für Justiz an EGMR (Juli)
- ▶ 2021 Neun internationale und nationale Institutionen und Personen reichen eine sogenannte „Third Party Intervention“ beim EGMR ein; und Replik unserer Anwältinnen ans EGMR (Okt.)
- ▶ 2022 EGMR beschließt prioritäre Behandlung in der Großen Kammer (April)
- ▶ 2022 oder 2023 Beschlussfassung des EMGR und Abschluss des Verfahrens.

Es ist davon auszugehen, dass unser Fall auch bei einer Gutheißung unserer Klage nicht endgültig abgeschlossen ist. Denn wenn der Bundesrat vom EGMR gerügt wird und ihm Maßnahmen auferlegt werden, gilt es, die Umsetzung auf politischer Ebene zu überwachen.